

Technischer Ausschuss - Ö - vom 08.02.2011
1) TOP Bürger fragen

Seitens der Bürger wurden keine Fragen gestellt.

2) TOP 60-006/11 Fürstenberg-Gymnasium / Generalsanierung - Vergabe Planungsauftrag

OB Frei: Die Planung zur Umsetzung des Konzeptes sei in vollem Gange. Die anstehende Maßnahme stelle eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar. Es sei erfreulich, dass nach der durchgeführten Besichtigung von drei Schulen eine einvernehmliche Entscheidung für das zu beauftragende Planungsbüro gefallen sei. Absehbar sei jetzt schon, dass die bisher bereitgestellten Finanzierungsmittel nicht ausreichen werden. Mit dem Gesamtpaket der Sanierung des Fürstenberg-Gymnasiums müsse man sich stufenweise auseinandersetzen. In der Phase eins sollten die Wünsche des Fürstenberg-Gymnasiums in schulischer, pädagogischer und baulicher Hinsicht zusammengestellt werden. Dieses Thema werde aktuell vom Lehrerkollegium hochprofessionell umgesetzt. Im zweiten Schritt müsse die Finanzierungsfrage geklärt werden mit dem Ziel, mögliches Einsparpotential herauszuarbeiten. Mehrkosten müsse man in den Griff bekommen. Abschließend müssten dann in der dritten Phase die gewonnenen Erkenntnisse in die zu erstellende Ausführungsplanung einfließen. Damit noch vor der Sommerpause Zuschussverhandlungen mit dem Land aufgenommen werden können, sei es wichtig, die Planung zügig voran zu bringen.

Stadtrat Wild: Die Besichtigung verschiedener Objekte habe wichtige Erkenntnisse ergeben. Man müsse sich allerdings fragen, ob diese Planung nicht auch von einem Donaueschinger Büro übernommen werden könnte.

Stadtrat Greiner: Dem Votum der Teilnehmer am Besichtigungstermin werde man sich nicht verschließen. Einziger Wertmutterstropfen sei allerdings, dass kein einheimisches Büro zum Zuge komme. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass die heutige Entscheidung keine abschließende Zustimmung zum Projekt bedeute. Die endgültige Entscheidung, insbesondere wegen der Kostenfrage, müsse nach der erfolgten Planung durch den Gemeinderat getroffen werden.

Stadtrat Karrer: Schulbauplanungen erfordern besondere Anforderungen an Planungsbüros. Erfahrungen mit solchen Sanierungsmaßnahmen seien zwingend notwendig. Aus Sicht der SPD-Fraktion seien alle drei genannten Büros geeignet, das gesamte Arbeitsspektrum abzudecken. Dem Votum der Schule und Verwaltung zur Beauftragung des Büros Hotz + Architekten stimme man zu.

Stadtrat Durler: Es gebe in der Region sicherlich auch Büros, die über Erfahrungen in der Schulbausanierung verfügen. Letztendlich schließe man sich dem Vergabevorschlag an.

Stadtrat Kaiser: Nachdem sich Schule und Verwaltung geeinigt haben, sollte diese Entscheidung akzeptiert werden. Wichtig sei in der Folge der weiteren Planung, die Kosten verlässlich zu ermitteln. Zum Grund, für die Leistung des Fraunhofer-Instituts ein Vergleichsangebot anzufordern, wünsche er nähere Auskunft.

OB Frei: Der Gemeinderat habe im Zuge der Haushaltsplanberatungen als Basis 2 Mio € bewilligt. Bei diesen Beratungen habe jedoch keine umfassende Klarheit über das gesamte Maßnahmenpaket bestanden. Wichtig sei jetzt, eine gründliche Bestandsaufnahme und detaillierte Kostenschätzung zu erarbeiten. Der Gemeinderat müsse dann die abschließende Entscheidung zum Gesamtbudget treffen. Entscheidende Grundlage dazu sei die Haushaltslage.

Herr Böhm: Frau Professor Forster, ehemalige Mitarbeiterin des Max-Planck-Institutes, werde unterstützend die Planungen der Schule begleiten. Sie bilde die Schnittstelle zwischen

Architektur und Schule ab. Eventuell bestehe die Möglichkeit, im Rahmen eines Projektes der Uni Berlin wertvolle Hinweise zur farblichen Gestaltung der Schulräume zu erhalten.

Herr Bunse: Die notwendige Planung müsse kurzfristig erstellt werden. Dies sei nur mit Beauftragung eines großen Büros möglich, welches bereits erfolgreich ähnliche Sanierungen durchgeführt habe. Das vorgeschlagene Büro Hotz + Architekten habe in Freiburg das Droste Hülshoff-Gymnasium erfolgreich saniert. Dieser Gebäudekomplex sei weitestgehend vergleichbar mit dem Fürstenberg-Gymnasium. Ziel der Verwaltung sei es, die begleitende Planung mit dem Fraunhofer-Institut weiterzuführen, allerdings nicht zu jedem Preis. Ein Preisvergleich mit anderen Büros sei deshalb notwendig.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 60-013/11 Nahwärme Brigachschiene - Trassenplanung Biogasanlage Weiherhof bis Fürstlich-Fürstenbergische Brauerei

Herr Bunse: Die vorliegende Trassenplanung sei die Folge der im Bebauungsplanverfahren geforderten Nutzung der Abwärme. Vorgesehen sei, das anfallende Biogas über die geplante Leitung der Energiezentrale der Nahwärme Brigachschiene zuzuführen. Im Bereich der Fürstenbergstraße sei bei der letzten Baumaßnahme bereits ein Leerrohr verlegt worden. In der Strecke Stadtkirche bis Poststraße müsse die Leitungstrasse neu verlegt werden.

Stadtrat Greiner: Der Biogasanlage beim Weiherhof habe man mit gewissen Bedenken zugestimmt. Mit der jetzigen Maßnahme werde die Forderung der Stadt umgesetzt. Es sollte geprüft werden, ob die Nahwärme Brigachschiene nicht dazu verpflichtet werden könne, im Bereich der zu verlegenden Leitungstrassen die Fahrbahn in gesamter Breite wieder herzustellen. Möglichen Folgeschäden im Fahrbahnbereich könne damit vorgebeugt werden.

Stadtrat Wild: Er frage sich, weshalb das anfallende Biogas nicht direkt in die Erdgasleitung beim Weiherhof eingeleitet werde.

Herr Bunse: Die Aufbereitung von Biogas in Erdgas sei finanziell kaum darstellbar. Die jetzige Lösung sei wesentlich günstiger.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

4) TOP 60-010/11 Juniperusweg, 1. BA / Allmendshofen, Straßenausbau - Planungsentscheidung

Stadtrat Greiner nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Bunse erläutert die vorliegende Planung.

Stadtrat Müller: Von verschiedenen Anliegern sei, insbesondere im Hinblick auf die kommenden Erschließungsbeiträge, die Notwendigkeit der geplanten Maßnahme hinterfragt worden. Eine genaue Aufklärung der Anlieger sei notwendig.

OB Frei: Im Zuge der Haushaltsplanberatungen habe der Gemeinderat die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Das Argument möglicher Erschließungsbeiträge sei nicht das entscheidende Kriterium für die Ausbauplanung. Die betroffenen Anlieger seien von der Verwaltung rechtzeitig über die Beratung im Gemeinderat informiert worden. Der Gemeinderat könne in der Folge über alles diskutieren. Grundlage der Entscheidung müsse allerdings einzig und allein der bauliche Zustand der zu sanierenden Straße sein.

Stadtrat Fischer: Er benötige noch weitere Informationen über die zwingende Notwendigkeit dieser Straßenbaumaßnahme.

Herr Bunse: Der Juniperusweg habe im auszubauenden Bereich keinerlei Oberflächenentwässerung. Es sei in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen mit angrenzenden Grundstückseigentümern gekommen. Von wesentlicher Bedeutung sei auch der dort befindliche Kindergarten. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit habe diese Maßnahme gegenüber anderen vergleichbaren Projekten in der Stadt eine höhere Priorität.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

**5) TOP 60-012/11 Riedstraße, Zufahrt zwischen Haus 5 und 7 / Allmendshofen,
Straßenausbau - Planungsentscheidung**

Herr Bunse: Der Ausbau sei zwingend notwendig. Wegen des fehlenden befestigten Fahrbahnbelages könne kein Winterdienst durchgeführt werden. Die Grundstücksverhandlungen seien noch nicht abgeschlossen (auf Frage von Stadtrat Greiner).

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

**6) TOP 60-011/11 Käppelstraße, 1. BA / Aasen - Straßenausbau im Zuge
Erneuerung Kanalisation und Wasserversorgung - Planungsentscheidung**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 60-129/10 Radwegekonzept - Sachstandsbericht

OB Frei: Das Radwegekonzept werde von der Verwaltung kontinuierlich umgesetzt. Die Vorschläge des Gemeinderates habe die Verwaltung näher geprüft. Die einzelnen Punkte seien in der Sitzungsvorlage von der Verwaltung detailliert dargelegt worden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

8) TOP 60-007/11 Breitbandversorgung im Gewerbegebiet Breitelen Strangen sowie Teilen von Aasen und Pfohren - Sachstandsbericht

Herr Bunse: Die Breitbandversorgung sei im gesamten Stadtgebiet mit Ausnahme einzelner kleiner Bereiche sehr gut. Die beschlossene Lösung für das Gewerbegebiet Breitelen Strangen habe leider nicht funktioniert. Der Vertrag mit dem damaligen Anbieter mvox habe wieder aufgelöst werden müssen. Die angebotene Technik habe trotz umfassender Zusagen nicht funktioniert. Man werde jetzt neue Angebote einholen. Mit Glück könne die Maßnahme in 2011 noch abgeschlossen werden. Man müsse allerdings ebenso wieder damit rechnen, dass eine kurzfristige Lösung nicht möglich sei. Die aktuellen Ausschreibungsunterlagen seien an das Ministerium zur Veröffentlichung weiter gegeben worden.

Stadtrat Kaiser: Nach den negativen Erfahrungen sollt geprüft werden, eventuell für die noch fehlende Versorgung im Bereich Roter Rain, Pfohren, ein Sendemast zur Funkversorgung zu errichten.

Herr Bunse: Die Funktechnik könne nicht die notwendige Übertragungsrate gewährleisten. Für Breitelen Strangen sei diese Variante auf keinen Fall geeignet. Ersatzlösungen werden derzeit mit Telekom verhandelt.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

9) TOP 60-008/11 Bebauungsplan Posthof / Donaueschingen, 1. Änderung - Zustimmungsbeschluss

Die Stadträte Kummerländer und Karrer nehmen wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

OB Frei führt umfassend in das Thema ein. Mit der Neuplanung müsse der Einzelhandelsstandort gesichert und für die Zukunft gestärkt ausgerichtet werden. Dies habe auch die öffentliche Veranstaltung mit den Vertretern der GMA eindeutig belegt. Der vorgeschlagene Zustimmungsbeschluss sei ein weiterer Schritt im eingeleiteten Planverfahren.

Herr Bunse: Die Neuplanung des Posthof-Areals sei ein schwieriges Unterfangen. Die vorgetragenen Bedenken des Einzelhandels müssen abgearbeitet werden. Sie sei aber auch als Möglichkeit zu sehen, einen weiteren Schritt nach vorne zu machen. Der zentrale Innenstadtbereich könne durch das geplante kleine Einkaufszentrum ergänzt werden. Weiter seien in der Planung vorgetragene Anliegerbelange zu klären. Während die westlichen Anlieger überwiegend Zustimmung signalisieren, komme vom nördlichen Anliegerbereich Kritik zur neuen Planung. Hier müsse allerdings festgehalten werden, dass die Neuplanung durch die Reduzierung um ein Geschoss niedriger ausfalle und somit eine Verbesserung gegenüber der bestehenden Planung darstelle. Durch die vorgelegten Verschattungsdiagramme könne dies auch belegt werden. Von den Anliegern aus dem Bereich Karlsgarten liege noch keine konkrete Stellungnahme vor. Die vom Gemeinderat geforderte Klärung der Erschließungsfrage sei erfolgt. Diese erfolge über die Bahnhofstraße und Am Karlsgarten. Im Bereich der Bahnhofstraße werde vom Gutachter eine Linksabbiegespur gefordert. Wegfallen würde dabei künftig der vorhandene Auto-Briefkasten. Die städtebauliche Aufwertung zur Bahnhofstraße hin soll über eine Pergola erfolgen. Die Planung hierzu liege ebenfalls bereits vor. Wenn der TA der heutigen Planung zustimme, folge die Offenlage. Zum Abschluss des Verfahrens müsse dann der Gemeinderat über eventuelle Bedenken und Anregungen im Rahmen des Satzungsbeschlusses entscheiden.

Stadtrat Merkle: Festzustellen sei, dass sich die Verwaltung sehr intensiv mit diesem Bebauungsplan befasse. Die CDU-Fraktion habe das vorliegende Planwerk grundlegend diskutiert. Nach wie vor sei man noch nicht voll überzeugt von der angestrebten Lösung. Seiner Meinung nach sollen mehrere Ziele verfolgt werden. Neben der Nutzung der vorhandenen Brachflächen wolle man gleichzeitig sicherstellen, der Innenstadt nicht zu schaden. Gleichzeitig sei es das Ziel, das Vorhaben Müller-Markt zu ermöglichen. Positiv zu vermerken sei die gefundene Lösung, das Postgebäude zu erhalten und einer neuen Nutzung zuzuführen. Habe man der ursprünglichen Variante mit Wohnbebauung zugestimmt, sei die jetzige Lösung der großflächigen Einzelhandelsbebauung nicht zwingender Wunsch der CDU-Fraktion. Der Aspekt zur Umsiedlung des Müller-Marktes sollte nicht zwingend durchgesetzt werden. Man dürfe dabei die Folgen auf der anderen Brigachseite durch großen Leerstand nicht aus den Augen verlieren. Man sei deshalb sehr zögerlich bei der endgültigen Entscheidung. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollten die Auswirkungen auf die Innenstadt noch genauer geprüft werden. Dabei müsse auch berücksichtigt werden, dass unter Umständen künftig innenstadtnähere Lagen denkbar sein könnten. Da diese umfassende Bewertung der Innenstadtauswirkungen noch nicht vorliegen, sollte heute keine Entscheidung getroffen werden. Abgesehen davon sollte diese dem Gemeinderat wegen der städtebaulichen Tragweite übertragen werden.

Stadtrat Erndle: Die aktuelle Planung sei durch sich widersprechende Interessen geprägt.

Der Gemeinderat müsse die Stadtentwicklung insgesamt im Auge behalten. Das Ergebnis der Einzelhandelsuntersuchung durch die GMA liege vor. Der Gemeinderat müsse sich jetzt entscheiden, ob das Posthofareal so bleibe wie bisher, oder ob man aktiv gegensteuern wolle. Fakt sei, dass das Einzelhandelskonzept die Nutzung des Posthofes für Einzelhandelsnutzungen vorsehe. Die von den Einzelhändlern vorgetragenen Bedenken wegen möglicher negativer Auswirkungen auf den Wettbewerb müsse man zur Kenntnis nehmen. Klar sei allerdings auch, dass die Stadt kein Wettbewerbsschutz betreiben dürfe. Der Markt müsse hier die notwendigen Regelungen treffen. Zu hinterfragen wäre, was der Anlieger in der Innenstadtlage erwarte. Festzuhalten sei, dass eine Aufwertung mit dem aktuellen Vorhaben da wäre. Die Innenstadt als ruhige Wohnlage zu erhalten, sei nicht der geeignete Ansatzpunkt.

Stadtrat Wild: Die bisher angestrebten Ziele zur baulichen Neunutzung des Posthofareals seien nicht erfolgreich gewesen. Die vorliegende Planung habe man immer kritisch begleitet. Eine Vertagung der Entscheidung auf den Gemeinderat sei nicht sinnvoll. Man müsse in der jetzigen Planung eine Chance für die Innenstadt sehen. Die Befürchtungen des Einzelhandels seien nicht verständlich.

Stadtrat Kaiser: Als positiver Aspekt sei auf jeden Fall der Erhalt des Postgebäudes festzuhalten. Die Nutzung durch großflächigen Einzelhandel sei schwierig, zumal durch Neuplanungen immer Kaufkraft abgezogen werde. Insgesamt sehe er dies nicht als gute Entwicklung. Allerdings müsse man auch sehen, dass der Wettbewerb in der Stadt nicht verhindert werden könne. Eine Blockade helfe dem Einzelhandel auch nicht. Grundsätzlich halte er den Drogerie-Markt am neuen Standort für denkbar. Ein weiterer Lebensmittel-Discounter sei aus seiner Sicht fraglich. Der Baukörper stelle für die angrenzende nördliche Bebauung einen schweren Eingriff dar. Eventuell könne in der weiteren Planung versucht werden, den im Obergeschoss liegenden westlichen Gebäudebereich zurückzunehmen, damit die Besonnung und Auswirkungen für die angrenzende Bebauung verbessert werden könne.

Stadtrat Fischer: Der Einzelhandel von Donaueschingen spreche sich eindeutig gegen die vorliegende Planung aus. Massive Auswirkungen auf die Innenstadt seien damit verbunden. Die von der GMA vorgelegten statistischen Werte seien nicht zutreffend. Dem Einzelhandelsverband lägen andere Daten vor. Im Falle einer Verlagerung des Müller-Marktes werde das bisherige Umfeld nachhaltig geschwächt. Der neue Standort werde keinen zusätzlichen Umsatz bringen. Es sei im Gegenteil ein durchgängiger Rückgang die Folge. Weiter müsse von der Stadt die zweite Grundstücksbrache im Bereich des Rathauses im Auge behalten werden. Es sei ein großer Glücksfall gewesen, die Firma Lidl hier anzusiedeln. Durch umfangreiche Auflagen der Stadt sei die bauliche Nutzung dieses Areals im Vergleich zum Posthof deutlich schwieriger und kostenintensiver. Im Zuge der zu treffenden kommunalpolitischen Entscheidung müsse durch die Stadt die Nutzung der 1a-Fläche hinter dem Rathaus gefördert werden. Zur vorliegenden Planung sei festzuhalten, dass die verkehrsmäßigen Untersuchungen bisher noch nicht abschließend erfolgt seien. Die möglichen Konsequenzen des zusätzlichen Verkehrsaufkommens in der Bahnhofstraße seien noch nicht geklärt, beziehungsweise diese Unterlagen seien dem Gemeinderat noch nicht vorgelegt worden. Kritisiert werde von den Einzelhändlern auch die stetige Erhöhung der Verkaufsflächen. Statt der ursprünglichen 2.000 m² liege die jetzige Planung bei rund 2.700 m². In die weiteren Entscheidungen müsse auf jeden Fall einbezogen werden, dass aller Voraussicht nach nördlich der Brigach durch kommende Brachflächen neues Potential für großflächigen Einzelhandel möglich sein könnte. Wegen der mit der Entscheidung verbundenen städtebaulichen Dimension sollte auf jeden Fall der Zustimmungsbeschluss dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Wenz (Hausverwalter): Die Eigentümergemeinschaft der angrenzenden nördlichen Bebauung spreche sich gegen die vorliegende Planung aus. Man scheue sich nicht davor,

im Wege einer Normenkontrollklage gegen die jetzige Planung vorzugehen. Die von ihm vertretene Anwohnerschaft habe den Sinn und Zweck der öffentlichen Veranstaltung mit der GMA nicht verstanden. Für diese Veranstaltung seien Steuergelder falsch eingesetzt worden. Ebenfalls vermisse er vom bisherigen Bauträger Nachweise über die Vermarktung des Posthof-Areals zu Wohnzwecken. Die pauschale Aussage, dass Wohnnutzung hier nicht umsetzbar sei, sei ihm zu wenig.

OB Frei: Die heutige Diskussion sei bedenklich. Es mache wenig Sinn, nach hinten zu blicken und sich darüber auszulassen, weshalb die ursprünglich geplante Nutzung nicht umsetzbar gewesen sei. Die wirtschaftlichen Rahmendaten müssen bei der aktuellen Debatte gesehen werden. In den vergangenen 6 Jahren sei keinerlei Zuwachs an Einzelhandelsflächen erfolgt. Rückgänge seien sogar zu verzeichnen. Der Weggang des Krone-Centers habe bis heute nicht kompensiert werden können. Neben dem inhaberdominierten Einzelhandel in der zentralen Innenstadt müsse auch großflächiger Handel an der Randzone möglich sein. Dies sei für den Gemeinderat Anlass gewesen, den Posthof in das innerstädtische Einzelhandelskonzept einzubeziehen. Fakt sei, dass seit vielen Jahren keine baulichen Lösungen für Neunutzungen auf dem Posthof-Areal gefunden werden konnten. Erst 2008 sei die Nutzungsaufnahme auf dem Posthof-Areal wieder aufgegriffen worden. 2009 habe der Gemeinderat konkrete Anforderungen für die weiteren Planungen formuliert. Seither habe sich die Gesamtplanung positiv entwickelt. Man müsse sich heute von irgendwelchen Wunschvorstellungen verabschieden. Mit Blick auf mögliche künftige andere Varianten nochmals abzuwarten, sei nicht die richtige Entscheidung. Neue Entwicklungen auf dem Posthof zu verhindern, sollte nicht das Ziel sein. Dieses Areal sei prädestiniert für die vorgesehene Einzelhandelsnutzung. Die Entwicklung des Einzelhandels müsse als Gesamtpaket gesehen werden. Der Gemeinderat habe in zurückliegender Zeit große Anstrengungen für die Aufwertung der Innenstadt unternommen. Man dürfe heute nicht so tun, als stehe man am Anfang, sondern man sei mittendrin im laufenden Verfahren.

Stadtrat Müller: Es handle sich um eine wichtige stadtpolitische Entscheidung. In der geschilderten kritischen Situation gehe es nicht darum, sich zu drücken. Derart wichtige Themen sollten jedoch vom Gemeinderat entschieden werden. Ein möglicher Zeitverlust von wenigen Wochen könne nicht Kriterium für eine zwingende heutige Entscheidung sein. Für die abschließende Beratung benötige man noch einen Vergleich der Auswirkungen der einzelnen Standorte Posthof und Rathaus in Bezug auf die Innenstadtauswirkung.

OB Frei: Ein solcher Vergleich sei nicht möglich. Grundlage für die Entscheidungen sei unter anderem auch, in welchen Bereichen ein Investor investieren wolle.

Herr Bunse: Zu den gestellten Fragen könne er folgende Antworten geben:

1. Ein Leitsystem für die verbesserte Anbindung des Posthofes an die Innenstadt sei möglich. Bestehende Konzepte seien sicherlich verbesserbar.
2. Ob der Baukörper verringert werden könne, sei von der Entscheidung des Investors abhängig. Der eingeschaltete Verkehrsplaner habe die Konsequenzen für den Bereich der Bahnhofstraße untersucht. Die notwendigen Konsequenzen seien in der Vorlage dargestellt. Auf die notwendige Linksabbiegerspur in der Bahnhofstraße sei in diesem Zusammenhang zu verweisen.
3. Bereits 2007 seien mögliche Verkaufsflächen von 3.000 m² genannt worden. Die in der Diskussion erwähnten geringeren Verkaufsflächen seien im Zusammenhang mit einer Alternativplanung mit Hotel genannt worden. Bei dem Nutzungskonzept müsse zwingend Angebot und Nachfrage beachtet werden.
4. Den Vorwurf, dass Steuergelder verschwendet worden seien, weise er energisch zurück. Bereits bei der vorgezogenen Bürgerbeteiligung habe er auf die geplante Veranstaltung mit der GMA hingewiesen. Mit dieser Veranstaltung sollte weitere Hintergrundinformation für die interessierten und beteiligten Bürger gegeben werden. Schon aus diesem Grund

sei der geäußerte Vorwurf ärgerlich.

Stadtrat Fischer: Festzuhalten sei, dass sich die Verkaufsfläche gegenüber früheren Planungen nachhaltig erhöhe. Bei den Beratungen in den Jahren 2008 und 2009 seien Verkaufsflächen von 1.900 m² bzw. 2.200 m² genannt worden.

OB Frei: Die Einzelhandelsflächen am Rathaus und Posthof miteinander zu vergleichen sei nicht möglich. Die beim Rathaus anfallenden höheren Investitionskosten seien nicht durch Auflagen der Stadt begründet. Wegen fehlender Freiflächen müssten hier notwendige Stellplätze in einer Tiefgarage geschaffen werden. Ebenfalls verursache das hängende Gelände einen höheren Bauaufwand. Das vorliegende Thema sei vom Gemeinderat im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses schon umfassend diskutiert worden. Der Technische Ausschuss müsse in der heutigen Sitzung die technischen Details zum laufenden Verfahren formulieren.

Bürgermeister Kaiser: Seitens der GMA sei bereits beim Aufstellungsbeschluss ein Potential von 3.000 – 4.000 m² zusätzlicher Verkaufsfläche prognostiziert worden. Noch im September 2010 habe der Technische Ausschuss beschlossen, das Verfahren weiter zu führen. Jetzt dieses Thema nochmals zu vertagen, sei nicht im Sinne einer nach vorne orientierten Stadtpolitik. Die grundsätzliche Entscheidung, Einzelhandelsflächen auf dem Posthof anzusiedeln, sei bereits beim Beschluss über das Einzelhandelskonzept getroffen worden.

Stadtrat Kaiser: Die öffentliche Veranstaltung zusammen mit der GMA sei sehr wichtig gewesen. Man müsse jetzt darauf achten, dass bei der Beratung der Details zum Bebauungsplan die Bedenken der Betroffenen in das Verfahren einfließen können.

OB Frei: Die bisherigen Verfahrensschritte seien alle unter Einbezug der Öffentlichkeit abgewickelt worden. Im nächsten Schritt der Offenlage des Bebauungsplanes werden Bedenken und Anregungen in gleichem Maß untersucht und gewichtet werden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

(1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.)

10) TOP 60-009/11 Technische Dienste - Investitionen Fuhrpark

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

11) TOP 60-004/11 Abwasseranlagen / Reinigungsaufwand - Information

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

12) TOP 60-122/10 Humboldtstraße / Nahwärmeverbund - Information

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

13) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Straßenbeleuchtung:

OB Frei: Die Planung von Gemeinderat und Verwaltung sehe vor, dass in die Modernisierung und energetische Aufrüstung der Straßebeleuchtung in den nächsten Jahren verstärkt investiert werde. Mittelfristig sei geplant, auf die LED-Technik umzusteigen. Aus Kostengründen habe man entschieden, vorerst auf Natriumdampflampen umzustellen. Die aktuellen Förderprogramme seien zwischenzeitlich geändert worden. Zuschüsse sollen künftig nur noch bei Einsatz der LED-Technik gewährt werden. Die Verwaltung sei derzeit dabei, einen entsprechenden Zuschussantrag auszuarbeiten. Die bisherige Strategie zum Einsatz der LED-Technik wäre gegebenenfalls an die neue Situation anzupassen. Sollte sich zeigen, dass unter Berücksichtigung möglicher Zuschüsse die LED-Technik nicht teurer wäre wie der Einsatz mit Natriumdampflampen, sollte auf LED umgestellt werden.

Herr Bunse: Die Änderung der Fördervoraussetzungen habe aller Voraussicht nach Auswirkungen auf den Finanzbedarf für die Modernisierung der Straßenbeleuchtung. Nach Möglichkeit sollte das volle Fördervolumen ausgeschöpft werden. Dies hätte allerdings Auswirkungen auf die im Haushalt bereitgestellten Finanzmittel. Nach Zusammenstellung aller Fakten werde man den Gemeinderat nochmals informieren.

Bauwasserzähler:

Stadtrat Durler: Er beantrage, künftig die Verbrauchsabrechnungen für Bauwasser zu pauschalieren. Der Einsatz von Bauwasserzählern sei speziell im Winter mit großen Problemen verbunden. Durch Frostschäden entstehen unnötige Kosten. Die pauschalierte Abrechnung sei für die Mitarbeiter des Wasserwerkes gleichzeitig einfacher abzuwickeln.